

## 2. DIE GESAMTWIRTSCHAFT

### 2.1. INTERNATIONALE WIRTSCHAFT IN DEN JAHREN 2000/2002

- Nach dem konjunkturell besonders günstigen Jahr 2000, in dem die Weltwirtschaft mit 4,6 Prozent das höchste Wirtschaftswachstum seit den 80er Jahren aufwies, war das Jahr 2001 von einer stetigen Abschwächung gekennzeichnet. Ihren Ausgangspunkt hatte diese Entwicklung in den USA.
- Nach beinahe einem Jahrzehnt der anhaltenden Expansion schwächte sich das US-Wachstum erstmals ab. Damit zeichnete sich auch eine Zäsur nach einer Periode mit anhaltend hohem Wachstum ab, die Anlass zu Diskussionen über das Bestehen einer New Economy gegeben hatte.
- In diesem Klima der sich stetig verlangsamenden wirtschaftlichen Dynamik lösten die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA einen Schock aus, der kurzfristig das Vertrauen der Wirtschaftsakteure erschütterte.

Die Triebfeder des neunjährigen Konjunkturaufschwunges in den USA waren hohe Produktivitätszuwächse, ein Technologieschub, die stark kreditfinanzierte Konsumnachfrage und anhaltende Überinvestitionen – insbesondere im IT-Sektor. Die Masse an anlagesuchendem Kapital löste einen Boom auf Aktienmärkten aus, der sich vorwiegend im IT-Sektor bemerkbar machte. Die Branche war von hohen Expansions- und Gewinnerwartungen gekennzeichnet, sodass die Aktienkurse dieser Unternehmen – entgegen der allgemeinen Börsenhausse – stark anstiegen.

Im Jahre 2001 stieg das reale BIP in den USA nur mehr um 1,2 Prozent, nach je 4,2 Prozent in den Jahren 1999 und 2000. Die Gewinnerwartungen im IT-Bereich erwiesen sich zunehmend als überzogen und der Anstieg des Erdölpreises im Jahre 2000 zeigte verzögert bremsende Wirkung. Der im Jahre 2001 einsetzende Vertrauensverlust, der von den Terroranschlägen verstärkt wurde, bremste die Expansion auf den Aktienmärkten und dämpfte die Realwirtschaft.

- Die Konjunktur im Euro-Raum entwickelte sich **im Jahre 2000** äußerst dynamisch. Die Wachstumsrate des realen BIP lag bei 2,4 Prozent und damit deutlich über jener des Vorjahres. Die tragenden Kräfte des Wirtschaftswachstums waren der private Konsum, die Bruttoanlageinvestitionen sowie die Exporte.

Innerhalb des Euro-Raums haben alle Länder deutlich vom Wirtschaftsaufschwung profitiert. Dennoch zeigen sich Unterschiede in der Positionierung im Konjunkturzyklus: Während insbesondere Deutschland (+ 2,0 Prozent) und Italien (+ 2,9 Prozent) erst relativ spät an die Wachstumsdynamik des restlichen Euro-Raums angeschlossen haben, war Frankreich im Konjunkturzyklus schon ziemlich weit vorgerückt. Besonders dynamisch entwickelten sich vor allem kleinere Staaten wie Irland (+ 11,5 Prozent), Luxemburg (+ 7,5 Prozent) und Finnland (+ 5,6 Prozent).

Auf dem Arbeitsmarkt kam es im Jahre 2000 aufgrund der guten Konjunkturlage zu einem Anstieg der Gesamtbeschäftigung um 1,9 Prozent und einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 9,1 Prozent (1999: 10,0 Prozent).

Die am HVPI gemessene Inflationsrate betrug im Berichtsjahr im Euro-Raum durchschnittlich 2,4 Prozent. Im Jahresverlauf stieg sie von knapp unter 2 auf 2,9 Prozent im November an, um im Dezember wieder leicht auf 2,6 Prozent zurückzugehen. Für diese als temporär einzustufende Teuerung waren vor allem die Energiepreise ausschlaggebend. Die regionale Streuung der Inflationsraten war im Jahresdurchschnitt 2000 größer als im Vorjahr. Der Abstand zwischen der niedrigsten (England: 0,6 Prozent) und der höchsten (Irland: 4,6 Prozent) nationalen Teuerungsrate innerhalb des Euro-Raums betrug 4 Prozent.

## INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

## Übersicht 1

	BIP real			HVPI <sup>1</sup>			Arbeitslosenrate in % <sup>2</sup> (Jahresdurchschnitt)		
	Veränderung zum Vorjahr in Prozent								
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
<b>Österreich</b>	<b>2,8</b>	<b>3,0</b>	<b>1,0</b>	<b>0,7</b>	<b>1,5</b>	<b>2,3</b>	<b>3,9</b>	<b>3,7</b>	<b>3,6</b>
Deutschland <sup>3</sup>	1,8	3,0	0,6	0,4	1,4	1,8	8,6	7,9	7,9
Frankreich	3,2	3,8	1,8	0,4	1,5	1,6	10,7	9,3	8,6
Vereinigtes Königreich	2,1	3,0	2,2	1,5	0,6	1,5	5,9	5,4	5,1
Italien	1,6	2,9	1,8	2,1	2,8	2,9	11,2	10,4	9,5
Griechenland	3,6	4,1	4,1	2,1	3,1	3,0	11,6	10,9	10,2
Spanien	4,1	4,1	2,8	2,4	3,2	3,2	15,7	14,0	13,0
Belgien	3,0	4,0	1,0	1,0	2,2	2,2	8,6	6,9	6,6
Niederlande	3,7	3,5	1,1	1,9	2,8	4,2	3,2	2,8	2,4
Dänemark	2,3	3,0	0,9	2,6	3,0	2,1	4,8	4,4	4,3
Schweden	4,5	3,6	1,2	1,0	1,0	1,6	7,2	5,9	5,1
Portugal	3,5	3,5	1,7	2,3	2,9	4,2	4,5	4,1	4,1
Irland	10,8	11,5	6,8	3,4	4,6	4,5	5,6	4,2	3,8
Luxemburg	6,0	7,5	3,5	1,5	2,9	2,5	2,4	2,4	2,4
Finnland	4,1	5,6	0,7	1,0	3,8	2,7	10,2	9,8	9,1
EU-15	2,7	3,4	1,6	1,2	1,8	2,2	9,7	8,1	7,6
USA	4,1	4,2	1,2	1,1	1,6	2,7	4,2	4,0	4,8
Japan	0,7	2,4	-0,5	-0,5	-1,1	-1,5	4,7	4,7	5,1
Q.: Eurostat. nationale Quellen, OECD									

<sup>1</sup> EU-Staaten ab 1996: Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI);  
EU-15: Europäischer Verbraucherpreisindex (EVPI)

<sup>2</sup> Gemäß den EU-Kriterien

<sup>3</sup> Einschließlich ehemaliger DDR

- Der Abschwung in den USA zog eine weitgehend gleichförmige Entwicklung in den übrigen Teilen der Welt nach sich. Die Gleichzeitigkeit der konjunkturellen Abkühlung in weiten Teilen der Weltwirtschaft ist ein neues Phänomen gegenüber den Wirtschaftszyklen der jüngeren Vergangenheit. Der Euro-Raum wurde im Verlauf **des Jahres 2001** unmittelbar von einem Rückgang der Exporte getroffen, ebenso reduzierte sich das Wachstum der Investitionen. In weiterer Folge gingen gegen Ende des Jahres 2001 auch die Vertrauensindikatoren zurück. Der gesamte Euro-Raum war im Jahre 2001 durch einen Wirtschaftsabschwung gekennzeichnet, wobei die Auswirkungen regional unterschiedlich ausfielen: Deutschland (+ 0,6 Prozent), Finnland (+ 0,7 Prozent) und Dänemark (+ 0,9 Prozent) verzeichneten die geringsten Zuwächse; in Irland (+ 6,8 Prozent), Griechenland (+ 4,1 Prozent) und Luxemburg (+ 3,5 Prozent) weitete sich das Wirtschaftswachstum am stärksten aus.
- Das ungünstige konjunkturelle Umfeld im Euro-Raum wurde im ersten Halbjahr 2001 durch die steigenden Erdöl- und Lebensmittelpreise (u. a. als Folge der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche) sowie auch durch wechselkursbedingte Importverteuerungen belastet. Zwar ließ der Preisauftrieb ab dem Frühjahr 2001 merklich nach; dennoch ergab sich für die Jahresinflationsrate mit 2,2 Prozent ein höherer Wert als im Jahr davor (1,8 Prozent).
- Da die Variablen des **Arbeitsmarktes** üblicherweise mit Verzögerung auf Konjunkturschwankungen reagieren, fiel 2001 die Arbeitslosenquote in der EU mit 7,6 Prozent günstiger aus als im Vorjahr (8,1 Prozent).

## 2.2. Österreichs Wirtschaft in den Jahren 2000/2001

### 2.2.1. Wirtschaftswachstum

- Der seit Mitte 1999 verzeichnete Konjunkturaufschwung setzte sich in der ersten Hälfte des Jahres 2000 fort, sodass sich das österreichische **Wirtschaftswachstum im Jahre 2000** gegenüber dem Vorjahr neuerlich auf 2 Prozent ausweitete.
- Die internationalen Rahmenbedingungen – starke Binnennachfrage in den USA, kräftiges Wachstum in den MOEL, stabile Finanzmärkte – schlugen sich in einer deutlichen Belebung der Außenhandelsaktivität nieder, von der vor allem Österreichs exportorientierte Sachgüterindustrie profitierte. Im Jahresverlauf verlangsamte sich allerdings die Dynamik, sowohl die Exportnachfrage als auch die meisten heimischen Nachfragekomponenten wuchsen deutlich schwächer als in der ersten Jahreshälfte.
- Im Jahresverlauf **2001** verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum weiter. Für den Durchschnitt des Jahres 2001 ergab sich trotz der regen Wirtschaftsaktivitäten zu Jahresbeginn ein realer Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von nur 1 Prozent. Dies ist die niedrigste Wachstumsrate seit 1993 (+ 0,4 Prozent).
- Weit unter dem Vorjahresniveau blieb die reale Wertschöpfung vor allem im Bauwesen (– 2,7 Prozent nach + 0,4 Prozent im Vorjahr) und in der öffentlichen Verwaltung (– 1,7 Prozent nach + 0,9 Prozent). Auch die Produktion

der Banken und Versicherungen nahm um knapp 1 Prozent ab, nachdem sie im Jahre 2000 noch um 9 Prozent expandiert hatte. Die Schwäche des privaten Konsums sowie der Import- und Exporttätigkeit beeinträchtigte den Geschäftsgang des Handels, die reale Wertschöpfung stagnierte. In der Sachgüterproduktion, die gegenüber Konjunkturschwankungen besonders empfindlich ist, verringerte sich der Zuwachs der Wertschöpfung im Jahresverlauf immer weiter. Eine beträchtliche Wertschöpfungssteigerung verzeichnete nur das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, das von der kräftigen Nachfrage von Tourismusleistungen profitierte: Mit real + 6,5 Prozent wurde das gute Ergebnis des Jahres 2000 noch übertroffen.

## 2.2.2. Lohn- und Preisentwicklung

In der Vergangenheit galten die gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung und die Abgeltung der Preissteigerungen der österreichischen Lohnpolitik nur als ungefähre Richtschnur für das Lohnwachstum; sie berücksichtigte daneben auch die Beschäftigungsentwicklung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Daher wurde in den letzten 30 Jahren der Verteilungsspielraum, definiert als Spanne zwischen Inflationsrate und Produktivitätsanstieg, kaum ausgeschöpft. Insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stiegen die Tariflöhne markant schwächer als die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

- Die Tariflohnsteigerungen **2000** umfassten eine sehr große Bandbreite von + 1,5 Prozent für die Arbeiter in der Landwirtschaft bis 3,7 Prozent für die Beschäftigten der Metallindustrie und Energiewirtschaft. Im Jahresdurchschnitt 2000 stieg der Tariflohn in der Gesamtwirtschaft um 2,5 Prozent, im öffentlichen Dienst um 2,6 Prozent; das Tariflohnwachstum verstärkte sich damit gegenüber 1999 um 0,3 Prozentpunkte.
- Die Konjunkturabschwächung im Jahre **2001** schlug sich in den Lohnabschlüssen nieder: Trotz höherer Teuerungsraten als im Jahr davor blieben in der Herbstlohnrunde 2001 die Abschlüsse deutlich hinter den Vorjahreswerten zurück. Die günstige Konjunkturlage des Jahres 2000, die sich im Herbst in den Lohnabschlüssen spiegelte, wirkte bis in die Frühjahrslohnrunde nach und stärkte die Verdienstentwicklung 2001. Trotz einer markanten Abschwächung des Wachstums stiegen damit die Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer mit + 2,8 Prozent stärker an als im Hochkonjunkturjahr 2000.
- Der anhaltende Anstieg der Rohölpreise erhöhte **2000** in fast allen Industrieländern die Teuerungsraten auf der Verbraucherpreisebene. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der für alle EU-Länder vergleichbare Werte liefert, stieg die Teuerung von 0,7 Prozent (1999) auf 1,5 Prozent (2000) an. Die Beschleunigung der Teuerung betraf nahezu alle Untergruppen.
- Im Jahresdurchschnitt **2001** betrug in Österreich die **Inflationsrate** laut HVPI 2,3 Prozent, womit Österreich zu jenen Ländern der Euro-Zone gehörte, welche das größte Maß an Preisstabilität aufwiesen. Aus der nachfolgenden Übersicht ist zu ersehen, dass sich die Preisentwicklung sowohl nach „Verbrauchsgruppen“ als auch nach „Warenarten“ in den beiden Berichtsjahren sehr unterschiedlich gestaltete.

	Ø 1991/2001	2000	2001
	Jährliche Veränderung	Veränderung ggü. Vorjahr	
	in Prozent		
Index der Verbraucherpreise (national)	+2,2	+ 2,4	+2,7
Saisonwaren	+1,1	+ 3,3	+7,4
Verbraucherpreise ohne Saisonwaren	+2,3	+ 2,3	+2,6
Verbraucherpreise ohne Energie	+2,2	+ 1,6	+2,8
<i>Verbrauchsgruppen</i>			
Ernährung und Getränke	+1,7	+ 1,0	+3,3
Tabakwaren	+3,0	+ 4,0	+4,9
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+3,8	+ 2,0	+2,9
Beleuchtung und Beheizung	+1,8	+ 6,5	+3,2
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+1,5	+ 0,9	+1,5
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+1,3	+ 0,2	+1,6
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+1,8	+ 1,2	+2,3
Körper- und Gesundheitspflege	+3,2	+ 2,2	+4,4
Freizeit und Bildung	+2,1	+ 1,9	+2,4
Verkehr	+2,3	+ 5,3	+1,9
<i>Gliederung nach Warenart</i>			
Nahrungsmittel	+1,2	+ 0,6	+3,1
Tabakwaren	+3,0	+ 4,0	+4,9
Industrielle und gewerbliche Waren	+1,2	+ 0,8	+1,4
Dienstleistungen	+3,0	+ 2,7	+3,3
Energie	+2,5	+10,7	+0,5
Mieten	+4,5	+ 1,7	+2,8

Q.: Monatsberichte 4/00 des Wifo

### 2.2.3. Arbeitsmarkt

- Die gute Konjunktur ließ die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Karenz-geldbezieher) im Jahre **2000** um 0,9 Prozent steigen. Der Zuwachs war bis zum Frühjahr höher als 1999, flachte jedoch im Jahresverlauf zusehends ab. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich gleichzeitig mit minus 27.400 rascher, als angesichts der Beschäftigungsentwicklung zu erwarten gewesen wäre.
- Auf den österreichischen Arbeitsmarkt wirkte sich **2001** die Konjunkturabschwächung mit erheblicher Verzögerung aus. Erst zu Jahresmitte kam der Beschäftigungszuwachs zum Stillstand, gegen Jahresende begann die Beschäftigtenzahl leicht zu sinken. Im Jahresdurchschnitt betrug der Anstieg immerhin noch 0,4 Prozent. Da sich das **Arbeitskräfteangebot** beträchtlich ausweitete, zeigte sich die Konjunkturdämpfung wesentlich

deutlicher in einer Steigerung der **Arbeitslosenquote**: Laut nationaler Berechnungsmethode stieg sie von 5,8 Prozent (2000) auf 6,1 Prozent (2001); nach EU-Definition von 3,7 Prozent auf 3,9 Prozent.

#### 2.2.4. Leistungsbilanz

Der Negativsaldo der österreichischen **Leistungsbilanz** lag 2000 mit 5,4 Milliarden Euro unter dem Vorjahreswert, 2001 verringerte er sich neuerlich um 13 Prozent auf 4,7 Milliarden Euro. Damit betrug das Leistungsbilanzdefizit 2000 2,6 Prozent und 2001 2,2 Prozent des BIP.

Der Leistungsbilanzsaldo wird durch die von Jahr zu Jahr unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Teilbilanzen ganz wesentlich mitbestimmt. Die bedeutendsten Bestimmungsmerkmale sind beispielsweise die Salden der Güter- und Dienstleistungstransaktionen, des Reiseverkehrs, der Direktinvestitionen im Ausland sowie in Österreich sowie der Kapitalbilanzen.

- Der Saldo in der **Handelsbilanz** hat sich 2000 geringfügig (+ 2 Prozent) auf 5,2 Milliarden Euro verschlechtert; 2001 hingegen verbesserte er sich um 15,4 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro. Durch die gute konjunkturelle Entwicklung hat sich 2000 der Außenhandel wesentlich dynamischer entwickelt, wobei der Anstieg der Importzahlungen durch Preis- und Wechselkurseffekte verstärkt wurde. Demgegenüber konnten 2001 die Salden der grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungsströme um 0,8 Milliarden Euro verbessert werden.
- Während der **Reiseverkehr** – eine der wesentlichsten Komponenten der Güter- und Dienstleistungsbilanz – im Jahre 2000 einen im Vorjahresvergleich um etwa 0,21 Milliarden Euro geringeren Überschuss aufwies, hat er sich im Jahre 2001 in einem schwierigen Umfeld gut behaupten können. Trotz einer schwächeren Sommersaison konnte wieder eine Zunahme bei den Ausländernächtingungen von 1,3 Prozent erreicht werden.
- Die Gesamtheit aller Transaktionen im Rahmen der Zahlungsbilanz führte 2000 zu einer Zunahme der „**Währungsreserven**“ um rund eine Milliarde Euro (+ 5,3 Prozent); 2001 dagegen wurde ihr Stand um 2,6 Milliarden Euro (– 13,1 Prozent) verringert (**siehe Tabelle 10**).

#### 2.2.5. Bundeshaushalte 2000 und 2001

Mit dem Bundesvoranschlag 2000, der durch die verzögerte Regierungsbildung nach den Nationalratswahlen im Oktober 1999 erst Anfang Juni verabschiedet wurde, intensivierte die Bundesregierung auf Basis des Regierungsprogrammes die Budgetkonsolidierung, um den im Stabilitätsprogramm vom März veröffentlichten Wert von 1,7 Prozent des BIP für das öffentliche Defizit des Gesamtstaates zu erreichen.

- Das im Bundesvoranschlag 2000 veranschlagte Budgetdefizit ist im Vollzug mit 2,8 Milliarden Euro um 1,1 Milliarden Euro (– 28,1 Prozent) unterschritten worden; damit machte es 2,0 Prozent des BIP aus. Höheren Einnahmen als erwartet (+ 2,6 Milliarden Euro gegenüber dem BVA) stehen Mehrausgaben vom 1,5 Milliarden Euro gegenüber.

Bei den öffentlichen Abgaben (brutto, vor Überweisung der Ertragsanteile an Fonds, Länder und Gemeinden bzw. des Mitgliedsbeitrages an die EU) wurde der für das Jahr 2000 laut BVA geschätzte Ertrag um 0,6 Milliarden Euro übertroffen (Mehreinnahmen vor allem bei Lohn- und Körperschaftssteuer).

Die sonstigen Einnahmen übertrafen das Präliminare um 2,8 Milliarden Euro. Abgesehen von den saldoneutralen Mehreinnahmen waren vor allem die Versteigerungserlöse der UMTS-Lizenzen, die ÖIAG-Rückzahlungen sowie die Zinseinnahmen höher als erwartet.

- Im Vollzug des Bundesvoranschlages 2001 waren die Einnahmen um 2,6 Milliarden Euro bzw. 4,6 Prozent höher als veranschlagt. Die Ausgaben waren durch den konjunkturell bedingten Anstieg der Ausgaben für soziale Wohlfahrt und das starke Wachstum sonstiger Sachausgaben um 2,7 Prozent höher als der BVA. Insgesamt wurde 2001 das veranschlagte Netto-defizit des Bundes mit 1,4 Milliarden Euro (= 0,7 Prozent des BIP) um fast eine Milliarde Euro bzw. um 40,6 Prozent unterschritten.

Bei den öffentlichen Abgaben wurde brutto der für 2001 laut BVA geschätzte Ertrag um 2,6 Milliarden Euro überschritten. Innerhalb der einzelnen Abgabearten wiesen vor allem die veranlagte Einkommensteuer (+ 41,5 Prozent), die Körperschaftssteuer (+ 61,3 Prozent) und die Verkehrssteuern (+ 12,9 Prozent) überproportionale Zuwächse auf. Angesichts der neu eingeführten Pflicht zur Verzinsung von Steuerrückständen beglichen nämlich viele Unternehmen ihre Körperschafts- und Einkommensteuerschuld nicht nur des vergangenen, sondern auch des laufenden Jahres. Die stark einnahmenseitig gestaltete Sanierung des Staatshaushaltes hatte allerdings einen Anstieg der Abgabenquote auf einen Höchstwert von 45,5 Prozent zur Folge (+ 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr).

## BUNDESHAUSHALT 2000 und 2001

## Übersicht 3

	Bundesrechnungsbilanzabschluss 2000	Bundesvoranschlag 2001	Vorläufiger Gebarungserfolg 2001	Unterschied vorläufiger Gebarungserfolg 2001 gegenüber					
				BRA 2000		BVA 2001			
				in Millionen Euro				in Mio. €	in %
<b>Allg. Haushalt</b>									
Ausgaben	58.247	58.798	60.403	+ 2.156	+ 3,7	+1.605	+ 2,7		
Einnahmen	55.393	56.417	58.988	+ 3.595	+ 6,5	+2.572	+ 4,6		
Saldo <sup>1</sup>	-2.854	-2.381	-1.415	+ 1.439	-50,4	+ 967	-40,6		
<b>Ausgleichshaush.</b>									
Ausgaben	63.418	36.814	37.114	-26.304	-41,5	+ 300	+ 0,8		
Einnahmen	66.272	39.195	38.529	-27.743	-41,9	- 666	- 1,7		
Saldo	+2.854	+2.381	+1.415	- 1.439	-50,4	- 966	-40,6		
Q.: BM für Finanzen									

<sup>1</sup> Entspricht dem Begriff „Nettodefizit“ des früheren Haushaltsrechts

- Die **Finanzschulden** des Bundes erhöhten sich 2000 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent auf 127 Milliarden Euro und 2001 um 1,5 Prozent auf 128,9 Milliarden Euro. Gemessen am BIP verringerte sich der Schuldenstand von 62,4 Prozent (1999) auf 62,9 Prozent (2000) bzw. 61,3 Prozent (2001).

Der Gesamtaufwand für die Schuldentilgung betrug 2000 20,3 Millionen Euro (+ 11,6 Prozent) und 2001 17,8 Millionen Euro (– 12,3 Prozent).

Der Anteil des Schuldenaufwandes an den gesamten öffentlichen Ausgaben weitete sich von 31,8 Prozent (1999) auf 34,9 Prozent (2000) aus und verringerte sich im Jahre 2001 auf 29,5 Prozent; siehe **Tabellen 8 und 9**.

## 2.3. Wirtschaftslage in der Steiermark in den Jahren 2000/2001

### 2.3.1. Wirtschaftsentwicklung

- Die expansiven Kräfte des Wirtschaftswachstums in Österreich setzten sich auch regional durch. In allen Bundesländern wuchs die Wirtschaft stärker als im mittelfristigen Trend. Das höchste Wachstum erzielten jene Bundesländer, deren Wirtschaft relativ stark von der Zuliefer- und Investitionsgüterindustrie geprägt ist (Ober- und Niederösterreich, Steiermark). Von diesem Umfeld wurden die meisten anderen Wirtschaftsbereiche stimuliert, vor allem der Handel und die produktionsnahen Dienstleistungen expandierten in den Bundesländern mit hohem Wachstum kräftig. Deutlich höher als im Österreich-Durchschnitt lag das regionale Wirtschaftswachstum in Oberösterreich (+ 5,9 Prozent), Niederösterreich (+ 5,0 Prozent) und Steiermark (+ 4,9 Prozent).

Die positive Wirtschaftsentwicklung **2000** in der Steiermark wurde insbesondere von der Sachgüterproduktion (+ 9,1 Prozent), aber auch von der Bauwirtschaft (+ 8,2 Prozent) – Hochbau: +8,0 Prozent und Tiefbau: + 7,4 Prozent – sowie der Energie- und Wasserversorgung (+ 2,7 Prozent) geprägt. Auch die Tourismuswirtschaft verzeichnete neuerlich eine positive Entwicklung: Während die Nächtigungen lediglich um 0,8 Prozent zunahmen, verbesserten sich die Einnahmen aus dem Tourismus um 5,4 Prozent.

- Im Jahre **2001** war die steirische Wirtschaft vom allgemein rückläufigen Wirtschaftswachstum geprägt, das allerdings im Bundesländervergleich durch das Abschneiden der Sachgüterproduktion noch immer positiv beeinflusst war. Bundesländer mit einer etwas lebhafteren Industriekonjunktur waren auch im gesamtwirtschaftlichen Wachstum begünstigt. Neben Burgenland (+ 2,5 Prozent), Niederösterreich (+ 1,5 Prozent) lag die steirische Bruttowertschöpfung mit + 1,4 Prozent merklich über dem Österreich-Durchschnitt.

Der Produktionsindex (Jahresdurchschnitt 2001) der Sachgüterproduktion erreichte + 3,4 Prozent (Österreich: + 0,1 Prozent). Nach Branchen gegliedert entwickelten sich beispielsweise die Produktionswerte im ersten und zweiten Halbjahr 2001 in nachfolgenden Branchen wie folgt:



- Ledererzeugung und -verarbeitung (+ 34,9 Prozent bzw. + 3,1 Prozent)
- Metallerzeugnisse (+ 9 Prozent bzw. + 25,5 Prozent)
- Kraftwagen und Kraftwagenteile (+ 43,8 Prozent bzw. + 42,6 Prozent).

Der steirische Bausektor verzeichnete im Berichtsjahr den schärfsten Rückgang (– 6,9 Prozent) unter allen Bundesländern, was insbesondere auf einen merklich verringerten Tiefbau (– 12,7 Prozent) sowie auf einen erheblichen Rückgang der öffentlichen Aufträge (– 11,2 Prozent) zurückzuführen ist.

Die Energie- und Wasserversorgung entsprach 2001 mit + 2,6 Prozent etwa dem Vorjahresniveau.

Im Gegensatz zum Produktionsbereich expandierte im Berichtsjahr der steirische Tourismus überdurchschnittlich: Während die Nächtigungen um 2,9 Prozent anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen um 10,3 Prozent.

#### Übersicht 4

#### KENNZAHLEN ZUR WIRTSCHAFTSLAGE IN STEIERMARK, 1998 bis 2001

	1998	1999	2000	2001
	Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent			
Beschäftigung (Pers.) <sup>1</sup>	+0,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,8
darunter ausl. Arbeitnehmer	–1,7	+ 2,4	+ 3,9	+ 2,6
Arbeitslose	+1,5	– 8,7	–12,8	+ 2,4
offene Stellen	–5,8	+27,9	+29,1	– 9,2
Industrieproduktion <sup>2</sup>	+2,2	+ 6,2	+11,0	–
Sachgüterbereich				
Auftragseingänge insgesamt	–0,5	+ 4,4	+16,8	–
davon: Inland	–5,7	+ 0,5	+ 5,1	–
Bauwesen: Auftragseingänge				
Inland	–	–	+ 2,4	+15,3
davon: öffentl. Auftraggeber	–	–	– 9,2	+23,6
private Auftraggeber	–	–	+ 6,8	–
Verbrauch von elektr. Energie (MWh)	+3,3	+ 2,7	+ 5,9	+ 3,4
Reiseverkehr (Nächtigungen) <sup>3</sup> (Pers.)	±0,0	+ 3,3	+ 0,9	+ 2,9
davon: Inländer	+0,3	+ 4,2	+ 2,2	+ 2,2
Ausländer	–0,6	+ 1,8	– 1,6	+ 4,1
Q.: Statistik Austria, AMS Steiermark, LASTAT Steiermark				

<sup>1</sup> Einschließlich Präsenzdienern und Karenzurlaubsgeldbeziehern

<sup>2</sup> Neuer Index der Industrieproduktion mit der Basis = 1990 = 100

<sup>3</sup> Nächtigungen in allen Unterkunftsarten im Kalenderjahr

## DIE NÄCHTIGUNGSENTWICKLUNG IN STEIERMARK NACH BEZIRKEN (Übernachtungen insgesamt in allen Unterkunftsarten)

	Kalenderjahre				
	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent				
Graz-Stadt	+ 5,4	+ 2,5	+ 5,0	+ 5,3	- 0,2
Bruck an der Mur	- 8,4	- 4,7	+ 1,9	+ 2,2	- 2,7
Deutschlandsberg	- 0,8	+ 3,3	+ 0,4	- 1,9	- 9,1
Feldbach	+ 0,2	+ 4,7	+11,1	+ 4,2	- 5,0
Fürstenfeld	+38,7	+19,7	+ 2,6	+ 6,8	+14,6
Graz-Umgebung	+18,4	-14,7	± 0,0	+ 2,8	- 4,0
Hartberg	+ 4,0	- 0,7	+ 4,8	+ 0,6	- 1,4
Judenburg	+ 6,8	- 9,6	+ 2,4	+ 0,4	- 6,7
Knittelfeld	+62,9	- 8,6	+10,3	-21,5	+21,4
Leibnitz	- 6,9	- 0,1	+ 1,9	+ 6,7	+11,4
Leoben	+ 8,6	+ 0,5	+15,0	+ 9,5	-11,3
Liezen	- 5,0	- 0,1	+ 2,8	- 1,2	+ 3,3
Mürzzuschlag	- 7,0	- 5,2	+ 4,4	- 8,1	+ 3,2
Murau	+ 3,8	- 3,3	+ 2,0	+ 0,7	+ 6,1
Radkersburg	+ 6,4	+ 9,4	+ 2,0	+ 6,9	+19,0
Voitsberg	+ 2,7	- 0,9	+ 3,5	- 1,1	- 0,7
Weiz	- 0,7	- 3,2	- 0,7	- 2,2	+ 0,3
Steiermark	+ 1,1	± 0,0	+ 3,3	+ 0,9	+ 2,9
Q.: Amt der Stmk. Landesregierung, Landesamtsdirektion, Landesstatistik					

### 2.3.2. Steirischer Arbeitsmarkt 2000/2001

Bedingt durch die günstige Konjunktorentwicklung nahm die Beschäftigung in der Steiermark nach + 1,0 Prozent (1999) auch 2000 (+ 1,4 Prozent) und 2001 (+ 0,8 Prozent) zu und erreichte 2001 mit 432.879 unselbständig Beschäftigten einen bisher noch nie erreichten Höchststand.

- Insbesondere auch die zunehmende Zahl der Teilzeitarbeitsplätze (vor allem bei den Frauen) hat zu dieser beachtlichen Entwicklung beigetragen.
- Besonders deutlich nahm in den vergangenen Jahren die Zahl der Ausländerbeschäftigung zu: Nach + 4,9 Prozent (1999) stieg sie 2000 um 8 Prozent und 2001 neuerlich um 6,4 Prozent auf 23.584 Personen an.
- Der durchschnittliche Bestand an Arbeitslosen, der 2000 sehr deutlich (- 12,8 Prozent) zurückging, erhöhte sich 2001 um 695 Personen (+ 2,4 Prozent) auf insgesamt 30.181 vorgemerkte Arbeitslose.

	1999		2000		2001	
	abs.	gg. Vj. in %	abs.	gg. Vj. in %	abs.	gg. Vj. in %
<b>1. Unselbstständig Beschäftigte<sup>1</sup></b> (einschl. Präsenzdienler und Karenzurlaubsgeldbezieher)	<b>423.524</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>429.325</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>432.879</b>	<b>+ 0,8</b>
<b>2. Ausländerbeschäftigung</b>	20.532	+ 4,9	22.174	+ 8,0	23.584	+ 6,4
<b>3. Offene Stellen</b>	2.955	+ 27,9	3.816	+ 29,1	3.466	- 9,2
<b>4. Vorgemerkte Arbeitslose</b>	33.814	- 8,7	29.486	- 12,8	30.181	+ 2,4
davon: 15 bis 25 Jahre alt	5.586	- 13,9	4.865	- 12,9	5.200	+ 6,9
über 50 Jahre alt	6.340	+ 2,7	5.465	- 13,8	5.338	- 2,3
<b>5. Stellenandrang</b>	1.144	- 28,6	773	- 32,4	871	+ 12,7
<b>6. Arbeitslosenrate</b>	<b>7,4 %</b>		<b>6,4 %</b>		<b>6,5 %</b>	
<b>7. Lehrstellensuchende Jugendliche</b> (Jahresdurchschnitt)	773	- 23,8	755	- 2,3	817	+ 8,2
<b>8. Offene Lehrstellen</b> Jahresdurchschnitt	200	+ 8,1	296	+ 48,0	322	+ 8,8
Q.: AK-Jahresberichte						

<sup>1</sup> Arbeitskräftepotenzial

- Die Arbeitslosenrate (gemäß den nationalen Kriterien) verringerte sich 2000 sehr deutlich auf 6,4 Prozent (1999: 7,4 Prozent) und weitete sich 2001 wiederum geringfügig auf 6,5 Prozent aus.

### 2.3.3. Landesvoranschläge 2000 und 2001

Die nachfolgende Übersicht 8 zeigt die Entwicklung der Landesvoranschläge in den Jahren 2000 und 2001 sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt auf. Dabei fällt auf, dass die restriktive Budgetpolitik zu einer deutlichen Verringerung des Gesamtabganges von 346 Millionen Euro (2000) auf 28 Millionen Euro (2001) geführt hat.

Die Einnahmen des **Finanzausgleiches** verringerten sich 2000 um 0,2 Prozent und weiteten sich 2001 um 6 Prozent auf 1,213 Millionen Euro aus. Der Anteil des Finanzausgleiches an den Gesamteinnahmen verringerte sich von 37,4 Prozent (1999) auf 37,3 Prozent (2000) und 35,0 Prozent (2001).

Durch den Entfall der Landesanzeigenabgabe sind die Einnahmen an **Landesabgaben** (einschließlich 30%igen Landesanteiles an der Landesfremdenverkehrsabgabe) von 50,7 Millionen Euro (2000) auf 41,4 Millionen Euro (2001) zurückgegangen.

Einschließlich der vorhin erwähnten Einnahmen aus dem Finanzausgleich sind als wesentliche Einnahmen in den Landesvoranschlägen die **Zuschüsse und Beiträge** aus fremden öffentlichen Finanzquellen (Gebietskörperschaften) mit

1.038,4 Millionen Euro (2000) und 929,2 Millionen Euro (2001) veranschlagt. Insbesondere sind dabei zu erwähnen die Ersätze des Bundes für die Landeslehrer, Ersätze der Sozialhilfverbände, Zuschuss gemäß § 1 Zweckzuschussgesetz 2001, Finanzzuweisung aus dem Ertrag der Mineralölsteuer, Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen u. a.

Die Einnahmen aus den **Benützergebühren** (für die Benützung der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen, der Schüler-, Landesaltenpflege-, Jugendheime u. a.) waren 2000 mit 40,9 Millionen Euro und 2001 mit 39,4 Millionen Euro budgetiert.

Für die Jahre 2000 und 2001 waren im ordentlichen Haushalt jeweils Gebärungsabgänge von 257,6 Millionen Euro bzw. 25,9 Millionen Euro ausgewiesen. In dem Ausmaß, in dem es nicht möglich war, während der genannten Jahre den Gebärungsabgang durch etwaige Ausgabeneinsparungen oder eventuelle Mehreinnahmen gegenüber dem Landesvoranschlag zu verringern, war es notwendig, den Abgang durch **Aufnahme von Fremdmitteln** (Anleihen und Darlehen) zu bedecken.

## LANDESVORANSCHLAGS-GEBARUNGSGRUPPEN

## Übersicht 7

	1999		2000		2001	
	in Mio. €	% v. ges.	in Mio. €	% v. ges.	in Mio. €	% v. ges.
<b>Einnahmen-Gebärungsgruppen</b>						
1. Einnahmen mit Ausgabenverpflichtung	1.026,4	33,3	1.042,3	31,3	1.108,6	31,7
2. Zweckgebundene Einnahmen	7,5	2,4	83,2	2,5	112,1	3,2
3. Einnahmen mit Gegenverrechnung im eigenen Voranschlag	1,3	0,04	1,2	0,04	1,2	0,04
4. Allgemeine Deckungsmittel	1.922,1	62,4	1.941,8	58,4	2.244,1	64,2
5. Einnahmen zum Haushaltsausgleich	55,2	1,8	257,6	7,7	27,9	0,8
<b>gesamt</b>	<b>3.079,5</b>	<b>100,0</b>	<b>3.326,1</b>	<b>100,0</b>	<b>3.493,9</b>	<b>100,0</b>
<b>Ausgaben-Gebärungsgruppen</b>						
1. Leistungen für das Personal	1.178,2	38,3	1.211,3	36,5	1.319,2	37,8
2. Sachausgaben für die Hoheitsverwaltung	8,1	0,3	7,4	0,2	8,0	0,2
3. Investitionen für das eigene Landesvermögen	33,8	1,1	34,2	1,0	35,5	1,0
4. Förderungsausgaben	907,3	29,5	932,9	28,0	880,2	25,2
5. Sonstige Aufwandskredite	952,1	30,9	1.140,2	34,3	1.251,0	35,8
<b>gesamt</b>	<b>3.079,5</b>	<b>100,0</b>	<b>3.326,1</b>	<b>100,0</b>	<b>3.493,9</b>	<b>100,0</b>
Q.: Landesvoranschläge						

	1999		2000		2001	
	in Mio. €	gg. Vj. in %	in Mio. €	gg. Vj. in %	in Mio. €	gg. Vj. in %
<b>1. ordentlicher Haushalt</b>						
Ausgaben	3.080	+ 1,8	3.326	+ 8,0	3.494	+ 5,0
Einnahmen	3.065	+ 2,7	3.068	+ 0,1	3.466	+ 13,0
Abgang	15	-63,5	258	+1.596,2	28	- 89,2
<b>2. außerordentlicher Haushalt</b>						
Ausgaben	<b>148</b>	<b>- 7,8</b>	<b>108</b>	<b>- 26,4</b>	<b>70</b>	<b>- 35,2</b>
Einnahmen	13	-56,5	20	+ 53,0	70	+249,8
Abgang	135	+ 3,6	88	- 34,2	0	± 0,0
<b>3. Gesamtabgang (o. H. u. ao. H.)</b>	150	-12,7	346	+ 131,2	28	- 92,0
<b>4. Finanzausgleich</b>	<b>1.146</b>	<b>+ 4,0</b>	<b>1.144</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1.213</b>	<b>+ 6,1</b>
davon: Ertragsanteile	967	+ 2,7	967	± 0,0	1.017	+ 5,3
Landesumlage	56	± 0,0	59	+ 6,1	59	± 0,0
Kopfquotenausgleich	37	± 0,0	31	- 15,4	34	+ 8,4
Bedarfszuweisungen	86	+26,6	87	± 0,0	102	+ 18,4
Finanzausgleich in % d. Einnahmen	37,4		37,3		35,0	
Q.: Landesvoranschläge						



